

Unkürzbar – Die Bosse wollen streichen? Die Antwort ist Protest!

Seit Corona-Zeiten verbreitet sich zurecht das Gefühl, dass die Unternehmen und Regierungen eine immer größere Plage sind. Nach den Preisexplosionen stehen jetzt massenhaft Entlassungen an. Und obendrauf kommen die vielen Sparmaßnahmen. Auch der Berliner CDU/SPD-Senat hat geliefert. Danke für diese „schöne“ Weihnachtsüberraschung. Was die kommende Bundesregierung noch anrichten wird, lässt sich bereits abschätzen. Sie alle bereiten nichts Gutes vor. Es gibt nur eine mögliche Antwort darauf:

Uns zusammenschließen und auf die Straße gehen für unsere eigenen Forderungen.

Nachdem sie sich jahrzehntelang den Hals vollgestopft haben, wollen die superreichen Aktionär:innen der Automobilindustrie durch eine Steigerung der Ausbeutung ihren vorderen Platz in der Welt halten. Letztens haben die Ford-Arbeiter:innen protestiert gegen die Massenentlassung in Köln. Beim Autozulieferer ZF waren schon Tausende auf der Straße. Laut der Gewerkschaft IG Metall haben letzten Woche Montag 98.650 Arbeiter:innen von VW in mehreren Werken gestreikt. Diesen Montag waren es 103.000 in einem zweiten Warnstreik. Ein IG-Metall-Chef drohte: „Wenn nötig, dann wird es ein Arbeitskampf werden, den die Bundesrepublik so seit Jahrzehnten nicht erlebt hat.“ Eine Drohung allein reicht allerdings nicht. Die Ausbeuter sind nicht so blöd, sich von der vagen Aussicht eines Streiks erschrecken zu lassen. Sie verlassen sich auf die schönen Worte der Gewerkschaftschefs zu verlassen, die nichts als „verhandeln“ kennen und „Stärkung der deutschen Wirtschaft“ könnte für die VW-Kolleg:innen in Enttäuschung enden. 100.000 Streikende könnten allerdings das Blatt wenden. Man konnte schon oft hören, dass die Kolleg:innen streikbereit sind.

Diese Proteste sind jedenfalls eine erste Antwort auf die Ansagen der Vorstände und Großaktionäre, die vorhaben, die ganze arbeitende Klasse in Deutschland in praktisch allen Branchen mit Entlassungen, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen zu prügeln. Es liegt also auf der Hand, sich zusammenzuschließen: Für ein Verbot von Entlassungen, höherer statt niedrigerer Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn, wenn weniger Aufträge da sind. Das könnte ein Aktionsprogramm sein. Und was haben wir als Arbeitende mit „der Wirtschaft“ friedlich zu verhandeln, wenn gerade diese einen Angriff auf allen Ebenen des Arbeitslebens gestartet haben? Einschließlich Sozialabbau und Kürzungen im

Öffentlichen Dienst. Und natürlich Kürzung beim Bürgergeld – ihr Lieblingsthema.

Keine Zeit für Besinnlichkeit

In Berlin waren in den letzten Wochen schon Tausende Sozialarbeiter:innen, Kulturarbeiter:innen und Künstler:innen, deren Existenz von den Plänen des Berliner Senats in Frage gestellt ist, auf der Straße. Diesen Mittwoch war die Stimmung kämpferisch beim Protest vor dem Roten Rathaus. Denn der Senat hat zur „Sanierung der Finanzen“ eine Schocktherapie vor mit Folgen, die allen in dieser Stadt das Leben versauen: Der freie Museumssonntag fällt genauso weg wie das 29 Euro-Ticket. Das große Berliner Krankenhaus Charité kriegt Gelder gestrichen genauso wie Schulen. Das heißt, dass viele der unverschämte mickrigen Löhne an der Charité nicht steigen sollen, die Lehrkräfte hunderte Euro monatlich gestrichen bekommen und so weiter. Künstler:innen werden aufgeben müssen und in Kitas und Schulen nicht mehr auftauchen. Jugendeinrichtungen sollen geschlossen werden genauso wie Stadtteilinitiativen. Alles, was gut ist für ein soziales Miteinander und eine Gesellschaft zusammenhält, steht auf der Streichliste. Aber nicht... die Polizei. CDU-Bürgermeister Wegner versucht sich derweil bei den Niedriglöhnern in Berlin einzuschleimen, indem er öffentlich die Frage stellt, warum eine Kassiererin teure Operntickets von ihren Steuern finanzieren soll. Stimmt, warum sollte sie? Warum lässt Wegner nicht Weltkonzerne wie Siemens und Vonovia dick blechen? Wegner will einfach nur die Leute gegeneinander aufhetzen...

Auch wenn sich an den Protesten, die überall in ganz Deutschland existieren, nur eine Minderheit beteiligt, sie sind ein Anfang. Immer, wenn sich neue Leute anschließen, wächst die Bewegung und das zeigt, dass unser aller Interessen als arbeitende Klasse betroffen sind. Eine Koordination dieser noch zersplitterten Reaktionen ist nötig, damit die geplante Zerstörung der sozialen Netze scheitert.

Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

Reinigung, Steri, Logistik, Catering, Sicherheit ...

Du hast die Nase voll davon, dass am Ende des Geldes noch soviel Monat übrig ist? Genug davon nach Abzug von Miete, Heizen, Fahrkarte kein Geld übrig zu haben für den Weihnachtsmarkt oder die Klassenfahrt der Kinder? Dann mach mit. Holen wir uns höhere Löhne und den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVöD), der an der Charité gezahlt wird. Ohne Streik wird das nicht gehen. Diesen vorzubereiten heißt vor allem eins: Alle Kolleg:innen anzusprechen und sich gemeinsam zu organisieren. Je mehr sich am Streik beteiligen werden, desto eher werden wir uns durchsetzen. Und mit dem Streikgeld für ver.di-Mitglieder wird es uns leichter fallen, diesen Kampf auch durchzuhalten. Zum Vernetzen kommt zur Betriebsversammlung am 20.12. um 10 Uhr an allen drei Standorten!

Die SPD mal wieder

Mal wieder gab es einen SPD-Landesparteitag. Und mal wieder waren ein paar Dutzend von uns CFMLern vor Ort, um all die Delegierten daran zu erinnern: CFM in den TVöD holen! Schließlich hat die SPD uns das schon oft versprochen. Doch wir werden ihnen wohl lästig. Sogar der kumpelhafte Politiker Herr Saleh benötigte eine Extra-Aufforderung, rauszukommen. „Die Arbeitsgruppe ... Verständnis ... den Knoten zerschlagen ...“. Ja, so kennen wir die Hinhalterei. Eines wurde jedoch ganz klar: Auf die Versprechen können wir nichts geben, den TVöD müssen wir erkämpfen.

Ist das nicht niedlich?

Der Regierende Bürgermeister K. Wegner liest Kindern Märchen vor. Was gar nicht niedlich ist: die angekündigte Einsparliste, die vor allem ärmere Kinder hart treffen wird. Seit zwei Jahren tritt er auch uns gegenüber als Märchenonkel auf: Verspricht viel und hält nischt. Sein Klassiker: „Rückführung in den TVöD“ und das gestrichene Vorwort: „Inflationsausgleich“.

Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz

Nun hat Lauterbach es geschafft. Das Gesetz hat den Bundesrat passiert. Schlimme Überraschungen werden wohl für Patient:innen als auch Beschäftigte erst in den nächsten Jahren sichtbar werden. Ein kleines Detail von

50 Mrd. € (bis 2036) wollen wir aber schon mal hervorheben. Die Umstrukturierung soll zur Hälfte von den gesetzlich Versicherten getragen werden. Und jetzt kommt es dicke. Die Privaten Krankenversicherungen können, ja können, sich beteiligen. Falls die das „Können“ zu wörtlich nehmen, könne man ja gesetzlich nachregulieren. Das ist das Finanzierungskonzept eines SPD-Bundesgesundheitsministers.

Herzrasen

Der Berliner Senat hat seine Einsparliste für 2025 vorgestellt: Kahlschlag in der Kultur, 29 Euro-Ticket ist Geschichte, neue U-Bahnzüge sind passé ... Doch auch die Charité bekommt ihr Fett weg – 20 Mio. € weniger für die Fakultät. Das wird so manche Wissenschaftler:in mit befristetem Vertrag zu Recht unruhig werden lassen. Zudem soll die Charité einen Kredit über mehr als 50 Mio. € aufnehmen, um einen Teil des Neubaus des Herzzentrums mitzufinanzieren. Diesen Kredit dürfen wir Beschäftigten dann abbezahlen. Da stellt sich doch sofort Herzrasen ein und zwar vor Wut.

Wir zahlen nicht für eure Sanierung

Die Kolleg:innen bei Vivantes haben ihren hart erkämpften Tarifvertrag Entlastung (TV-E) um drei Jahre verlängert. Die dortige Personalchefin Schmidt hatte es ganz eilig, dies selbst zu vermelden, garniert mit einer Frechheit: „*Unsere wirtschaftliche Sanierung gelingt nur gemeinsam – Management, Beschäftigte und Gewerkschaft ziehen an einem Strang.*“ Das ist also ihre Antwort auf unsere Forderung nach deutlichen Lohnerhöhungen: wir sollen verzichten! Übrigens, die Schmidt und unsere Personalchefin Eysel sitzen im Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin und tauschen wohl die ein oder andere Idee aus. Sollten wir auch machen.

Ja zu Berlin, nein zum kaputtsparen

Bereits drei mal in den letzten Wochen gab es unter diesem Motto eine Kundgebung. Von mal zu mal werden wir mehr. Doch um die Sparliste des Senats zu Fall zu bringen braucht es mehr: Eine Bewegung, die sich nicht spalten lässt!

BUNDESTAGSWAHL 2025: FÜR EINE WELT OHNE GRENZEN, KRIEG UND AUSBEUTUNG!

Die Revolutionär Sozialistische Organisation, die das Vitamin C herausgibt, will gemeinsam mit der Revolutionär Internationalistischen Organisation in Berlin und München mit unabhängigen Kandidaturen zur Bundestagswahl antreten.

Wir wollen einen Wahlkampf führen für:

- Massive Investitionen in den Sozialbereich statt Kürzungen
- Erhalt aller Arbeitsplätze anstelle von Lohnkürzungen und Schließungen
- Stopp von Aufrüstung, Wehrpflicht und Militarismus
- Offene Grenzen und Bleiberecht für alle statt Nationalismus und Rassismus
- Ende des Genozids in Gaza und der Repression gegen die Palästina-Bewegung



Ein solches Programm lässt sich nur durch Mobilisierungen und Streiks umsetzen, getragen durch unsere Selbstorganisation als Arbeitende oder Jugendliche.

Um antreten zu können, müssen wir pro Wahlkreis 200 Unterstützungsunterschriften sammeln, in Berlin **in den Wahlkreisen Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg**. Wenn Du in einem dieser Bezirke wahlberechtigt bist, kann Deine Unterschrift unsere Kandidatur möglich machen!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - Insta: [gruppe_vitaminc](#) - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click